Geschlechterpolitik mit verdeckten Karten : Umbau der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU

Autor(en): **Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 65

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652655

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Elisabeth Klatzer / Christa Schlager

Geschlechterpolitik mit verdeckten Karten

Umbau der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU

Das Europäische Institut für Geschlechtergleichstellung (EIGE) hat im Juni 2013 erstmals einen europäischen Gleichstellungsindex veröffentlicht (EIGE 2013). Die Ergebnisse dieses Index zeigen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer erst auf halbem Weg in Richtung Gleichstellung sind: Der zusammengesetzte Gleichstellungsindex liegt gegenwärtig bei 54 von 100 möglichen Punkten, wobei 100 Punkte tatsächliche Geschlechtergleichstellung bedeuten würde. Von den sechs Bereichen, die der Indikator abbildet – Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Gesundheit und Macht –, ist die Ungleichheit im Bereich der Macht weitaus am grössten, das heisst die Repräsentation von Frauen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungspositionen am geringsten. Der Teilindikator «ökonomische Macht» hat in den meisten Mitgliedstaaten den niedrigsten Wert.

Die wichtigste Botschaft daraus ist, dass die Europäische Union (EU) trotz mehr als fünfzig Jahren Integrations- und Gleichstellungspolitik nach wie vor weit davon entfernt ist, Geschlechtergleichstellung zu verwirklichen. Seit dem Ausbruch der Krise kam es zu weitreichenden Umgestaltungen der wirtschaftspolitischen Governance in der EU. Dies wird aber nicht zu mehr, sondern zu weniger Gleichstellung in Europa führen, wie in diesem Artikel argumentiert wird. Dabei sind für die Bewertung der gegenwärtigen gleichstellungspolitischen Dynamik weniger die frauen- und gleichstellungspolitischen Initiativen der Vergangenheit – und die entsprechenden Rechtsakte – relevant, sondern die geschlechterpolitischen Auswirkungen der zentralen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen.

Umbau der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Europäischen Union im Schatten der Krise

Im Zuge der Krisenpolitik wurde die wirtschaftspolitische Steuerung, die «EU Economic Governance», umgestaltet und verstärkt (Klatzer/Schlager 2011; 2013b). Damit wurden zentrale Regelungen grundlegend reformiert bzw. neu gestaltet und mit stärkerer Durchgriffsmacht von EU-Institutionen auf Mitgliedstaaten ausgestattet. Die wesentlichen Charakteristika dieser neuen wirtschaftspolitischen Steuerung sind (Klatzer/Schlager 2012, 27):

- Regelgebundenheit der Budget- und Wirtschaftspolitik mit hoher rechtlicher Bestandskraft (die neuen Regeln auf EU-Ebene haben de facto höhere Bestandskraft als Verfassungsgesetze auf nationaler Ebene, da Veränderungen schwieriger sind);
- einseitige Defizit- und Verschuldungsabbau-Ausrichtung, die zu Sparzwang und Abbau von Sozialstaatlichkeit führt;
- Erhöhung des Drucks auf Löhne und Arbeitsrechte mittels der Formel Wettbewerbsfähigkeit;
- ein hohes Mass an Übertragung heikler wirtschafts- und budgetpolitischer Entscheidungskompetenzen an demokratisch nicht legitimierte kleine elitäre Gruppen innerhalb der Bürokratie mit erheblichem Machtzuwachs der Finanzbürokratie in Kommission und Mitgliedstaaten;
- Schaffung und Verstärkung intransparenter Prozesse ohne Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme bzw. Kontrolle.

Wesentliche Instrumente des Umbaus sind die Reform des *Stabilitäts- und Wachstumspaktes,* der Ausgaben- und Schuldenregeln festschreibt ebenso wie verschärfte Sanktionen und Strafzahlungen im Falle der Nichteinhaltung. Das führt zu einseitigem Sparzwang und zur Verpflichtung zum raschen Abbau der Defizite weitgehend unabhängig von der konjunkturellen Situation. Die Stellung der Europäischen Kommission (EK) wurde gestärkt, und quasiautomatische Sanktionen für Euroländer verstärken den Spardruck. Durch den 2012 beschlossenen Fiskalpakt wurden zusätzlich ein Zwang zum Nulldefizit und eine Schuldenbremse eingeführt. Mit all dem wird die Regelgebundenheit der Fiskalpolitik verstärkt und der Spielraum für budgetpolitische Entscheidungen entscheidend verengt. *Die Einführung eines neuen Prozesses der Makroökonomischen Überwachung* – das Verfahren übermässiger makroökonomischer Ungleichgewichte – verstärkt die Vorgaben für wirtschaftspolitische Massnahmen von europäischer Seite und bringt ebenfalls quasiautomatische Sanktionen für Euroländer im Falle des Abweichens mit sich. Das bedeutet eine entscheidende Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Der entscheidende Konstruktionsfehler und Angriff auf demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik ist dabei allerdings, dass die Definition dessen, was ein Ungleichgewicht darstellt und welche Massnahmen zu treffen sind, den bürokratischen Mechanismen der neoliberal dominierten Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen in der EK überlassen wird.

Die Einführung des *Europäischen Semesters* bringt eine enge Ex-ante-Koordinierung und strikte Überwachung der Budget- und Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten mit sich, das die beiden oben genannten Prozesse und einseitig auf Wettbewerbsfähigkeit fokussierte Prioritätensetzungen im Rahmen des Euro-Plus-Paktes zusammenbringt und starke

Eingriffe der EK und des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) in budget- und wirtschaftspolitische Prioritätensetzungen der Mitgliedstaaten ermöglicht. Damit werden deren demokratiepolitisch legitimierte Entscheidungsprozesse de facto sehr eingeengt und in Richtung nachträglicher Absegnung von Vorgaben auf EU-Ebene entwertet.

Geschlechterpolitische Implikationen der Krisenpolitik: Maskulin-autoritärer Krisenkonstitutionalismus

Diesen wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismen der EU ist geschlechterpolitischer Gehalt eingeschrieben. Bereits in den vergangenen Jahrzehnten waren Machtverschiebungen zugunsten der Finanzministerien zu beobachten (Sen 2002) und die immanenten Geschlechterverhältnisse der EU-Architektur wurden thematisiert (Schunter-Kleemann 1992). Mit der Economic Governance wurden aber schlagartig die Finanzministerien und die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen in der EK mit grossem Machtzugewinn in budget- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausgestattet. Diese Verschiebung ist in sich eine geschlechterpolitische, da diese finanzpolitischen Institutionen nicht nur in einem viel höheren Ausmass von Männern dominiert sind als viele andere Teile der Bürokratie, sondern auch nach wie vor von sehr maskulinen Normen und Traditionen geprägt sind (Klatzer/Schlager 2013; Schuberth 2006, Sauer 2010). Insbesondere nationale Parlamente verlieren durch diese Verschiebungen hin zu regelgebundenen, bürokratiegeleiteten Verfahren an Einfluss, was wesentliche Auswirkungen auf die Repräsentation und den Einfluss von Frauen auf relevante Entscheidungsprozesse hat. Mühsam erkämpfte Terraingewinne von Frauen in demokratischen Institutionen werden somit durch die Machtverschiebungen bezüglich substanzieller Mitbestimmung innerhalb der Mitgliedstaaten und hin zur supranationalen Ebene zu einem grossen Teil zunichte gemacht.

Die Machtverschiebung gilt für wirtschafts- und budgetpolitische Prozesse in allen Mitgliedstaaten, ist in der Eurozone aber noch durch die Einrichtung von Sanktionsmöglichkeiten verschärft. Im Fall von EU-Staaten mit Finanzierungsbedarf wird sie sogar in Form wirtschaftspolitischer Diktate der Troika – EK, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Europäische Zentralbank (EZB) – auf die Spitze getrieben. Das Europäische Parlament, das ein breiteres gesellschaftliches Spektrum repräsentiert und zumindest zu einem kleinen Teil geschlechterpolitische Prioritäten setzt, ist abgesehen von einem sehr begrenzten Informationsaustausch nicht am Entscheidungsprozess beteiligt.

Während der Anteil von Frauen und ihr Einfluss in traditionellen demokratischen Institutionen über die letzten Jahrzehnte langsam aber stetig zugenommen hat, hat sich die effektive Entscheidungsmacht auf ausge-

wählte EU-Institutionen und andere internationale Institutionen, wie den IWF, multinationale Unternehmen sowie Finanzinstitutionen und -märkte verschoben. Diese stellen Terrains von Maskulinität und männlich dominierter Macht dar, die zunehmend Macht über politische Entscheidungsprozesse gewinnen. Es geht dabei nicht nur darum, dass in diesen Institutionen in Entscheidungspositionen fast ausschliesslich Männer zu finden sind, sondern vielmehr auch darum, dass in Institutionen, Strukturen und Verfahren selbst traditionelle Männlichkeitsbilder, Wertvorstellungen hegemonialer Männlichkeit eingeschrieben sind (Kreisky/Löffler 2009).

Wirtschaftspolitische Entscheidungen werden demokratischen Institutionen zunehmend entzogen und an ausgewählte bürokratische verlagert, deren Kultur maskulin konnotiert ist und die Zentren männlich dominierter Macht darstellen. Entscheidungsprozesse werden intransparenter und sind damit hinsichtlich einseitiger Repräsentanz von mächtigen (Wirtschafts-)Interessen anfälliger.

Die Problematik dieser Regelungen verschärft sich durch die hohe Bestandskraft: durch den verbindlichen Charakter eines völkerrechtlichen Vertrages (Fiskalpakt) oder europarechtlicher Regelungen. Um diese zu verändern braucht es Verhandlungen und Kompromisse zwischen 28 Staaten und mehreren europäischen Institutionen. De facto sind diese Regeln schwerer änderbar als nationalstaatliche Verfassungen. In Anlehnung an die Konzepte von Bieling (2011), «europäischer Krisenkonstitutionalismus», und Oberndorfer (2013), «autoritärer Konstitutionalismus», ist dieser im Schatten der Krise vorangetriebene europäische Umbau der wirtschaftspolitischen Steuerung aus geschlechterpolitischer Perspektive als «maskulin-autoritärer Krisenkonstitutionalismus» zu charakterisieren.

Beschleunigung des maskulinen Umbaus des Staates

Das Primat der wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen in der EU gegenüber sozialen Anliegen wird damit verfestigt. Das Staatsverständnis ist eines des Wettbewerbsstaates, der auf internationale Standortkonkurrenz ausgerichtet ist und autoritär auftritt. Die Maskulinisierung von Gesellschaft, Politik und Staat (Sauer 2010) schreitet in diesem Staatsverständnis weiter voran. Die regelgebundene Sparpolitik führt zu grossen Einschnitten bei den staatlichen Ausgaben, was nicht nur zu Kürzungen von öffentlichen Dienstleistungen und zum Abbau der öffentlichen Beschäftigung führt, sondern auch zu einem verstärkten Wandel des öffentlichen Sektors und des Staates insgesamt. Um die geplanten Kürzungen des Schuldenstandes von im Schnitt 91 Prozent des BIP im Jahr 2012 auf 54 Prozent im Jahr 2020 zu realisieren, haben 25 EU-Mitgliedstaaten (das heisst alle ausser Finnland und Luxemburg) eine Reduktion der Ausga-

benquote geplant (European Commission 2012), was durch Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen sowie bei der öffentlichen Beschäftigung erreicht werden soll.

Trotz nach wie vor bestehender Benachteiligungen bietet der öffentliche Sektor im Hinblick auf den Gender Pay Gap und Arbeitsbedingungen gerade für Frauen im Vergleich zur Privatwirtschaft bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen.

Die Kürzung öffentlicher Leistungen zur Bereitstellung von Versorgungsleistungen ist zwar im Rahmen der neuen Regeln nicht zwingend erforderlich, allerdings zeigt sich in Zeiten des Sparzwangs zumeist eine Reduktion von Ausgaben in diesen Bereichen. Im Rahmen des Diskurses um die «Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen» wird explizit die Reform der Gesundheits-, Sozial- und Pensionsleistungen angestrebt, was de facto Leistungskürzungen bedeutet. Hier kommt es zu einer Verlagerung der Kosten in den privaten Bereich, wo vielfach Frauen die öffentlichen Leistungsreduktionen mit ihrer unbezahlten Arbeit kompensieren. In Haushalten, die es sich leisten können, verschiebt sich die Last oft auch auf Migrantinnen, die – unter Umständen mit nicht geregeltem Aufenthaltsstatus – oft schlechten Arbeitsbedingungen und Abhängigkeitsverhältnissen ausgesetzt sind.

Generell ist der Wandel der Rolle des Staates von einem wohlfahrtsstaatlich geprägten Ansatz hin zu einem Hüter der Wettbewerbsfähigkeit mit grossen geschlechterpolitischen Schieflagen verbunden. Es findet damit eine Remaskulinisierung gesellschaftlicher Verhältnisse statt.

Geschlechterpolitische Schieflagen der wirtschaftspolitischen Regeln

Die neoliberal inspirierten restriktiven fiskal- und wirtschaftspolitischen Regeln haben eine Reihe von impliziten Gender Biases, das heisst geschlechterpolitischen Schieflagen, die verzerrende Effekte und Diskriminierungen zuungunsten von ohnehin benachteiligten Gruppen von Frauen beinhalten (Elson 2002): Die explizite Ausrichtung am Ziel der Geldwertstabilität (Deflations-Bias), die implizite Ausrichtung am männlichen Ernährermodell sowie die Annahme einer grundsätzlichen Überlegenheit von marktbasierten Lösungen (Bias der Vermarktlichung) konstruieren gesellschaftliche Schieflagen, die zur Zurückdrängung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und zu Lohndruck beziehungsweise Prekarisierung am Arbeitsmarkt führen.

Im Zuge der Finanzkrise wurden die Effekte der zunehmenden Risikoindividualisierung sowie des Kredit-Bias aufgrund der verschiedenen Vermögensverhältnisse und der ungleichen Behandlung von verschuldeten Frauen durch Finanzinstitutionen (Banken) als zusätzliche geschlechterpolitische Schieflagen zunehmend sichtbarer. Frauen traten vornehmlich

als (schlechte) Schuldnerinnen und nicht als Vermögende im Finanzsektor auf und hatten damit stärker unter den Verwerfungen im Finanzmarktsektor zu leiden, wogegen ihnen die Profite der Boomjahre verwehrt blieben.

Makroökonomische Politiken und Regeln basieren auf bestimmten – stillschweigend vorausgesetzten – Annahmen über Geschlechterverhältnisse und Geschlechterrollen (Bakker 1994). Es wird implizit angenommen, dass die gesellschaftliche Reproduktion unabhängig von den jeweiligen makroökonomischen Regeln weiterhin funktioniert und insbesondere Frauen den Ausfall öffentlicher gesellschaftlicher und reproduktiver Dienstleistungen kompensieren (Bias der Auslagerung von Stabilisierungsfunktionen). Frauendiskriminerung und Geschlechterungleichgewichte sind in der Debatte um makroökonomische Ungleichgewichte in Europa inexistent – obwohl Gleichstellungsdefizite zu wachsenden Ungleichgewichten beitragen (Berik et al. 2009).

Auswirkungen auf Lebensbedingungen von Frauen und Männern

Während zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise der Fokus auf den Verlusten von männlich dominierten Arbeitsplätzen (zum Beispiel in der Automobilindustrie) lag, sind Frauen stärker von den nachfolgenden Effekten von Krisen betroffen. So werden in Zeiten angespannter wirtschaftlicher und sozialer Situationen Sparpakete für den öffentlichen Sektor geschnürt – begleitet von niedrigem Wachstum, hoher Erwerbslosigkeit und zunehmendem Unmut in der Bevölkerung. In dieser Situation wird versucht, die Anpassungslasten jenen aufzubürden, die den geringsten Widerstand leisten beziehungsweise am wenigsten mit den politischen Eliten vernetzt sind. Weiters wird versucht, Kosten zu externalisieren, indem sie in den Bereich unbezahlte Arbeit verschoben werden. Frauen übernehmen damit eine Airbag-Funktion in der Gesellschaft, sie versuchen die Anpassungslasten abzufedern und zu kompensieren. Analysen der Austeritätspolitik in den EU-Mitgliedstaaten zeigen, dass Ausgabenkürzungen insbesondere bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialleistungen gemacht werden, die insbesondere für Frauen von Bedeutung sind, beispielsweise Leistungen für AlleinerzieherInnen, Leistungen für Kinder und andere Sozialleistungen (Europaparlament 2013, 9). Derartige Kürzungen machen es auch schwieriger für Frauen, Care-Verantwortung mit bezahlter Arbeit zu vereinbaren.

Damit verstärkt die Krise einen längerfristigen Trend, wie Villa/Smith (2013) meinen. Gleichstellungspolitik wird seit den 1990er-Jahren immer stärker auf Nebenlinien der EU-Politik verschoben und bekommt eine zunehmend neoliberale Ausrichtung. Die Gleichstellungspolitik hatte in der Makroperspektive, wenn überhaupt, eigentlich nur in der EU-Beschäfti-

gungspolitik eine gewisse Relevanz. Da diese in der Krise der «Stabilisierungspolitik» untergeordnet wurde, bleibt von der Gleichstellungspolitik eigentlich nur mehr ein numerisches Beschäftigungsziel übrig. In den gesamten Plänen zur Neuaufstellung der Eurozone fehlt die Genderperspektive. Dass die Gleichstellungspolitik als Querschnittsmaterie in der EK vom Beschäftigungs- zu den Justizagenden transferiert wurde, passt ins Bild. Gender Mainstreaming ist eine Strategie geworden, die zunehmend im Sand verläuft. Gleichstellungspolitik kann letztendlich nur mehr bestehen, wenn sie mit neoliberaler Wirtschaftspolitik kompatibel ist, das heisst, wenn sie die grundlegenden Paradigmen wie Sparzwang, Flexibilisierung und Liberalisierung nicht infrage stellt (Villa/Smith 2013, 287ff.).

Die europäischen Gleichstellungspolitikvorhaben stehen einem Umwälzungsprozess gegenüber, der einen weiteren Bedeutungsverlust für sie mit sich bringen wird. Die stattfindende Verlagerung von Entscheidungsprozessen von nationalen Parlamenten und Bürokratien auf demokratisch nicht beziehungsweise nur unzureichend legitimierte EU-Institutionen in zentralen Bereichen der Wirtschaftspolitik schränkt die Mitspracherechte von Frauen noch mehr ein (Schuberth 2012). Zusammen mit der Zuspitzung der neoliberalen Ausrichtung der EU-Politik, die männliche Eliten fördert, kommt es damit zu einer Entwicklung, die sozioökonomische Ungleichheiten und Hierarchien zwischen den Geschlechtern vertieft (Michalitsch 2012, 129).

Für die Lebensverhältnisse von Frauen heisst das: Gleichstellung findet nur insofern statt, als es eine Angleichung nach unten in den Arbeits- und Sozialstandards und eine zunehmende Prekarisierung der Lebensverhältnisse auch für Männer gibt. Es bedeutet Verlust von Vollzeiterwerbsarbeitsplätzen, der mit einer Zunahme von atypischen Arbeitsverhältnissen einhergeht, grundlegende Änderungen der Arbeitszeit, Reformen und Änderungen der Regeln für (wirtschaftlich motivierte) Entlassungen sowie der Strukturen und Verfahren der Arbeits- und der Tarifbeziehungen (Clauwaert/Schömann 2012).

Transformationsprozesse für eine emanzipatorische Wirtschaftsordnung in Gang bringen

Angesichts dieser Bestandsaufnahme der europäischen wirtschaftspolitischen Strukturen und Politiken, die gleichstellungspolitische Rückschritte mit sich bringen, und der gegenwärtigen andauernden multiplen Krisen zeigt sich dringender Handlungsbedarf zur Transformation der europäischen Wirtschaftspolitik und -ordnung. Die grosse Herausforderung besteht darin, eine feministische Agenda zu entwickeln, die einerseits an den bestehenden Prozessen und Politiken anknüpft und andererseits aber nicht auf eine Bewältigung der Krisen im Sinne einer Herstellung des Zu-

standes vor Ausbruch der aktuellen Finanzkrise abzielt. Feministische Bewegungen müssen sich aus den Fängen der Vereinnahmung lösen (Fraser 2012), brauchen wieder mehr Klarheit über zentrale Elemente einer emanzipatorischen Agenda. Zudem gilt es, sich gerade auf EU-Ebene als mächtige Kraft für eine emanzipatorische Transformation zu formieren.

In Abgrenzung zum populären Ansatz der «Green Economy», der vielfach als Ausweg aus der Krise gepriesen wird, obwohl er nur oberflächliche Änderungen mit sich bringt, prägte Ilkkaracan (2013) den Begriff der «Purple Economy» für einen erweiterten Ansatz, der die Care Economy ins Zentrum rückt (Madörin 2007). Mit Gubitzer (2006) wird die Notwendigkeit einer alternativen Wirtschaftsordnung deutlich, die nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch den Haushaltssektor, den Staat und den Non-Profit-Sektor als zentrale produktive wirtschaftliche Sektoren integriert. Basierend auf diesen Arbeiten – und weiteren aus feministischer Perspektive – gilt es, Transformationsprozesse in Gang zu setzen, die emanzipatorische Wege eröffnen. Zentrale Pfeiler auf dem Weg zu einer emanzipatorischen europäischen Wirtschaftsordnung sind insbesondere folgende Elemente (Klatzer/Schlager 2013a): 1) universelle öffentliche Bereitstellung von Care-Dienstleistungen für Kinder, Betagte, Kranke und Behinderte; 2) emanzipatorischer Um- und Ausbau des Öffentlichen; 3) emanzipatorische Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und des Tätigseins; 4) Umverteilung: radikale Massnahmen zur Eindämmung der Macht des Finanzsektors und multinationaler Unternehmen sowie zum Abbau der enormen Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen; 5) Ausbau geschlechtergerechter partizipatorischer Institutionen und Entscheidungsprozesse.

Aus diesen Pfeilern ergeben sich viele konkrete Ansätze für einen emanzipatorischen Ausweg aus der Wirtschaftskrise, aus der Care-Krise und anderen gegenwärtigen Krisen, der den Umbau anstrebt und nicht die Rückkehr zu einem unhaltbaren Vorkrisenzustand. Ein zentraler, unmittelbar umsetzbarer Punkt sind öffentliche Programme für Investitionen in soziale Infrastruktur: in Kinderbetreuung, Pflege für Behinderte, Kranke, Betagte sowie in Einrichtungen für Jugendliche als oberste Priorität europäischer Infrastrukturpolitik. Der Um- und Ausbau des Öffentlichen in Richtung solidarische Vor- und Versorgungswirtschaft ist in den Mittelpunkt zu stellen.

Gleichzeitig muss die Umgestaltung von Arbeit und Arbeitsbeziehungen ein Kern jeglicher Transformationsagenda sein. Dabei ist der enge, auf Erwerbsarbeit fokussierte Arbeitsbegriff aufzulösen und die Triade des Tätigseins in den Mittelpunkt zu stellen, mit Herstellen (Produktion von Gütern und Dienstleistungen), Arbeit, die sich auf Menschen bezieht (oft als «Reproduktion» bezeichnet), und politischem Handeln (Gubitzer 2011).

Um eine wirtschaftspolitische Wende zu ermöglichen, die das Wohler-

gehen von Menschen und Natur in den Mittelpunkt stellt, sind radikale Massnahmen zur Umverteilung nötig. Ein Schritt in diese Richtung sind eine solidarische Steuerpolitik mit Mindeststeuersätzen für Unternehmens-, Kapital- und Finanzmarktbesteuerung auf hohem Niveau und entschiedene Verhinderung von Steuerhinterziehung und -vermeidung. Verpflichtende Mindestlöhne auf hohem Niveau, Lohnsteigerungen im Ausmass des Produktivitätswachstums und überproportionale Steigerungen im Niedriglohnbereich, ein radikaler Umbau der Arbeitsbewertungsschemata zur Aufwertung von Versorgungs- und Vorsorgearbeit sowie eine drastische Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit sind wichtige Eckpunkte dieser Transformation.

Die EU könnte eine wichtige Rolle bei der Umsetzung dieser emanzipatorischen Wirtschaftsordnung spielen. Allerdings geht der gegenwärtige Kurs der EU in die diametral entgegengesetzte Richtung. Entdemokratisierung, Abbau des Wohlfahrtsstaates und der sozialen Dienstleistungen, zunehmende Macht und Einfluss der Konzerne und Finanzmärkte kennzeichnen die gegenwärtige Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik. Die geschlechterpolitischen Auswirkungen sind fatal. Die Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung (Economic Governance) hat den maskulin-autoritären Umbau Europas entscheidend verschärft.

Literatur

Bakker, Isabella, 1994: The Strategic Silence: Gender and Economic Policy. London

Berik, Günseli / Meulen Rodgers, Yana van der/ Seguino, Stephanie, 2009: Feminist Economics of Inequality, Development, and Growth. In: Feminist Economics 15(3), London, 1–33

Bieling, Hans-Jürgen, 2011: EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie. In: Widerspruch, Heft 61, Zürich, 61–70

Clauwaert, Stefan / Schömann, Isabelle, 2012: Arbeitsrechtsreformen in Krisenzeiten. Eine Bestandsaufnahme in Europa. In: Kurswechsel, 3, Wien, 72–79

Elson, Diane, 2002: International financial architecture: A view from the kitchen. www.olafinanciera.unam.mx/vi_seminario_ecofin_ponencias/Diane_Elson_InternationalFinancialArchiteture.pdf (Abfrage 4.7.2014)

European Commission, 2012: Horizontal Assessment of Stability and Convergence Programs. Brüssel

European Parliament, 2012: Analysis of Five National Reform Programmes 2012 Regarding the Pursuit of the Union's Gender Equality Objectives, Directorate General for Internal Policies, PE 462.510. Brüssel

EIGE, 2013: Gender Equality Index Report, European Institute for Gender Equality. Vilnius

Fraser, Nancy, 2012: Feminism, Capitalism and the Cunning of History. www.msh-paris-.fr-FMSH-WP-2012-17 (Abfrage 4.7.2014)

Gubitzer, Luise, 2006: Wirtschaft ist mehr! Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit. In: Widerspruch, Heft 50, Zürich, 17–29

Gubitzer, Luise, 2011: Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste Leisten. In: Kurswechsel, 1, Wien, 91–105

Ilkkaracan, Ipek, 2013: The purple Economy: A Call for a New Economic Order beyond the Green. In: Genanet (Hg.): Sustainable Economy and Green Growth: Who Cares? Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety. Berlin, 32–37

Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa, 2011: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel, 1, Wien, 61–81

Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa, 2012: Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance. In: Kurswechsel, 1, Wien, 23–35

Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa, 2013a: Gleichstellungspolitik in der Krise. Herausforderungen vor dem Hintergrund europäischer maskulin-autoritärer Krisenbewältigungsstrategien. In: Kurswechsel, 4, Wien, 56–65

Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa, 2013b: Umbau im Herrenhaus Europa? In: infobrief eu & international 5, Dezember, Wien, 1–4. www.media.arbeiterkammer.at/PDF/EU_Infobrief_5_2013.pdf (Abfrage 4.7.2014)

Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa, 2014: Gender and Macroeconomics: Economic Governance in the European Union – reconfiguration of gendered power structures and erosion of gender equality. In: Evans, Mary/Hemmings, Clare u. a. (Eds.): Feminist Theory, Handbook. London

Kreisky, Eva / Löffler, Marion, 2009: Maskulinismus und Staat: Beharrung und Veränderung. In: Ludwig, Gundula / Sauer, Birgit / Wöhl, Stefanie (Hg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden

Madörin, Mascha, 2007: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie, eine Forschungsskizze. In: Denknetz Jahrbuch, Zürich, 141–162

Michalitsch, Gabriele, 2012: Arbeit und Geschlecht: Macht- und Wahrheitseffekte der Krise. In: Kurz-Scherf, Indrid / Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster

Oberndorfer, Lukas, 2013: Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? – Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie. In: juridikum, 1, Wien, 76–86

Sauer, Birgit, 2010: Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. In: Kurswechsel, 1, Wien, 38–46

Schunter-Kleemann, Susanne (Hg.), 1992: Herrenhaus Europa – Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Berlin

Schuberth, Helene, 2006: Fiskalische Strategien auf EU-Ebene – Implikationen für Gender Budgeting. In: Lichtenecker, Ruberta / Salmhofer, Gudrun (Hg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Innsbruck

Schuberth, Helene, 2012: Von der Währungs- zur Politischen Union und wieder zurück? EU-Politik in der Krise. In: Kurz-Scherf, Ingrid / Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster

Sen, Gita, 2002: Engendering von Finanzministerien. In: Femina Politica, 1, Berlin, 58–69

Villa, Paola / Smith, Mark, 2013: Policy in the time of crisis: Employment policy and gender equality in Europa. In: Karamessini, Maria / Rubery, Jill (Hg.): Women and Austerity, the economic crisis and the future for gender equality. Abingdon, Oxon, 273–294